

*David Goëßmann*

## **Die Klimakrise ist eine Medienkrise**

Hitzewellen in Indien und Mega-Überschwemmungen in Bangladesch, Rekordtemperaturen in Spanien und Portugal, Blitzflut im Ahrtal und Flächenbrand in der Lieberoser Heide, jahrelange Dürren auf Madagaskar und Land unter in Südafrika, Extremwetter in China und Fluten, Hitzeschocks und Dürren in den USA.<sup>1</sup> Die Schäden werden immer dramatischer und haben längst den globalen Norden und die reichen Industriestaaten erreicht.

Trotz der planetaren Bedrohung, die das gesellschaftliche Leben der Menschheit in seiner jetzigen Form in Frage stellt, haben die Staaten beim letzten Klimagipfel in Glasgow im November 2021 keine Wende eingeleitet. Die Welt ist weiter auf einem Kurs, der die Erdtemperatur noch in diesem Jahrhundert auf drei bis vier Grad erhöhen wird, wenn nicht in den nächsten Jahren gehandelt wird. Der renommierte Klimaforscher Kevin Anderson sagt, dass wir bei drei bis vier Grad Erderhitzung „auf einem anderen Planeten leben werden“.<sup>2</sup>

Es ist lange bekannt, dass die Erderhitzung durch die fossile Verbrennung in die Katastrophe führt, wenn nicht gegengesteuert wird. Bereits in den 1980er Jahren versprachen die Regierungen, der globalen Erwärmung Einhalt zu gebieten, und in den 1990ern begann die internationale Klimadiplomatie. Heute liegen die jährlich ausgestoßenen Treibhausgase jedoch über 60 Prozent über dem damaligen Niveau, nicht 60 Prozent niedriger, wie Wissenschaftler:innen einst forderten.<sup>3</sup>

### **1990er Jahre: Ende der Verkehrswende**

Die Unternehmen, die auf Gas, Öl und Kohle angewiesen sind und mit diesen Energieformen Profite machen, haben ihre Macht wiederholt und effektiv eingesetzt, um die Politik und öffentliche Meinung in ihrem Sinn zu beeinflussen. Die Regierungen versagten darin, diesen Lobbys die Stirn zu bieten. Und in der breiten Öffentlichkeit wurde weder gewarnt noch Alarm geschlagen, im Gegenteil. In deutschen Medien wurde immer wieder Stimmung gegen Klimaschutz gemacht.

---

<sup>1</sup> T. Engelhardt, Extremes Leben: Wie die USA Klima-Weltkriege auslösen könnten, Telepolis, 12.07.2022 [<https://www.heise.de/tp/features/Extremes-Leben-Wie-die-USA-Klima-Weltkriege-ausloesen-koennten-7168777.html>]

<sup>2</sup> D. Goëßmann, K. Anderson: "Dann leben wir auf einem anderen Planeten!", 04.07.2022 [<https://www.heise.de/tp/features/Dann-leben-wir-auf-einem-anderen-Planeten-7158352.html>]

<sup>3</sup> Warnung vor drohenden weltweiten Klimaänderungen durch den Menschen. In: Deutsche Physikalische Gesellschaft, Arbeitskreis Energie (Hrsg.), Physikalische Blätter, Band 43, Nr. 8, August 1987 [<https://tinyurl.com/y67hhnr3>]. Max-Planck-Gesellschaft, Global carbon dioxide emissions reach new record high, 12. Dezember, 2012 [<https://www.mpg.de/6678112/carbon-dioxide-climate-change>]

So schrieb die Wochenzeitung *Die Zeit* bei der Verabschiedung des Berichts der Erdatmosphären-Enquetekommission des Bundestages im Jahr 1990, „dass uns die Umweltschützer mit ihren Horrorbildern allmählich auf die Nerven gehen.“ Schmelzende Polarkappen, Meeresfluten, Hungersnöte, Klimaflüchtlinge – das „Jahr ihrer Wiedervereinigung“ ließen sich die Deutschen „nicht durch düstere Prognosen vergällen“.<sup>4</sup> Danach hat die *Die Zeit*, wie die meisten Medien, den politischen Kurs auf Klimakollaps grün gewaschen und von der Agenda geschoben. Nach den globalen Klimaprotesten im Jahr 2019 änderte sich zwar die Berichterstattung zugunsten einer stärkeren Präsenz des Themas, doch es wird immer noch so getan, als ob Korrekturen am Kurs ausreichen, um das Schlimmste zu verhindern.<sup>5</sup>

Die Berichterstattung von *Süddeutsche Zeitung*, *Spiegel*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und Co. war auch ein wichtiger Grund dafür, dass die Parteien Klimaschutz nie zu einem Wahlkampfthema machten. Wenn jemand es wagte, vom Kurs abzuweichen, wurde ihm klargemacht, dass das keine gute Idee ist. Das war z.B. 1998 der Fall. Damals legten Bündnis 90/Die Grünen Pläne für eine ökologisch-soziale Steuerreform vor. Danach sollte der Benzinpreis schrittweise innerhalb von zehn Jahren auf fünf D-Mark angehoben werden, im Gegenzug aber die Kfz-Steuer wegfallen. Zugleich wollte man die Sozialversicherungsbeiträge reduzieren, um einkommensschwache Haushalte zu entlasten. Außerdem wollte man die Einführung des 3-Liter-Autos befördern und Anreize dafür schaffen, auf den ÖPNV umzusteigen.<sup>6</sup> Mit Bahnausbau, innovativen Verkehrs- und Automobilkonzepten werde man zukunftsfähige Arbeitsplätze in Deutschland erzeugen, hieß es. Der politische Vorschlag schloss an eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) an. Die Grundidee: externe Kosten internalisieren, mehr Kostenwahrheit nach dem Verursacherprinzip. Eine ansteigende Energiesteuer plus sozialen Ausgleich könne, so der Plan, Arbeitslosigkeit ebenso wie Umweltbelastung mindern.

Die öffentliche Reaktion darauf war eine Katastrophe für die Bündnisgrünen. Auf dem Weg zu einer rot-grünen Bundesregierung im Wahlkampf 1998 meinte der damalige SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder, die Forderung sei „Quatsch“ und mit ihm nicht zu machen. Er attestierte dem möglichen Koalitionspartner mangelnde Regierungsfähigkeit. Der sozialdemokratische Parteichef Oskar Lafontaine nannte den Preisaufschlag „absurd“: „Unsere Wirtschaft ist so vernetzt, dass man berechenbar vorgehen muss.“ „Das wird so nicht gehen“, sagte auch Kiels Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD). Der Generalsekretär der CDU Peter Hintze startete eine Kampagne mit dem Titel „Lass Dich nicht anzapfen“, die unter anderem von der *Bild* gepusht wurde.<sup>7</sup>

---

<sup>4</sup> N. Kostede, Weltuntergang vor leeren Bänken, *Die Zeit*, 26.10.1990 [<https://tinyurl.com/y4fdl2dw>]

<sup>5</sup> L. Neubauer, B. Ulrich, Noch haben wir die Wahl, 2021, S. 55 ff.

<sup>6</sup> D. Goëßmann, Kurs Klimakollaps. Das große Versagen der Politik, 2021, S. 89 ff.

<sup>7</sup> K. Arzheimer, M. Klein, Die Grünen und der Benzinpreis, Zentralarchiv für Empirische Sozial-

Die Medien schossen sich auf die Benzinpreiserhöhung ein, während sie die entlastenden Maßnahmen des Gesamtpakets zumeist unerwähnt ließen. Es wurde suggeriert, dass, wenn die Grünen Regierungsverantwortung übernehmen, die Preisschilder an den Tankstellen am nächsten Tag auf 5 DM umgestellt würden. Anstatt in die Offensive zu gehen, knickten die Grünen ein. In einer späteren Kurzfassung des Wahlprogramms wurde die Benzinpreiserhöhung dann nicht mehr explizit erwähnt. Die Partei kam gerade so über die 5-Prozent-Hürde. Im Koalitionsvertrag fand sich die Erhöhung der Mineralölsteuer auf sechs Pfennig, wie Schröder sie im Wahlkampf angekündigt hatte. Eine Verkehrswende, der Kern des grünen Konzepts, wurde von keiner Regierung je wieder angedacht.

## Kampagne gegen das „EEG-Monster“

Dank einer Parlamentsinitiative der Pioniere Herman Scheer von der SPD und Hans-Josef Fell von den Grünen gelang es jedoch unter der rot-grünen Bundesregierung Anfang der 2000er, ein Gesetz durchzubringen, dass vor allem Windkraft und Solarenergie nach vorne bringen sollte: das sogenannte Erneuerbare-Energien-Gesetz, kurz EEG. In kurzer Zeit wurden 100 Milliarden DM von Kleinunternehmern, Kommunen und Landwirten in Ökoenergien gesteckt, was zu einem Wind- und Solar-Boom führte. Doch die nachfolgenden Merkel-Regierungen machten diesem Boom ein Ende, indem der Zubau durch Bürokratisierungen und Deckelungen bewusst abgewürgt wurde.<sup>8</sup> Flankiert wurde das Abwracken der Energiewende von medialen Kampagnen. Medien wie das *Manager Magazin* oder die *FAZ* brachten den Anti-EEG-Zug massenmedial auf Touren. Peter Becker arbeitet anhand etlicher, in Leitmedien erschienener Artikel heraus, wie die Realität immer wieder verzerrt wurde: „Eine richtige Beobachtung wird herausgegriffen, die Zusammenhänge werden eliminiert, um das Argument griffig zu machen. Die eigentliche Ursache für den Missstand gerät so unter die Räder.“ Mit solchen Techniken fabrizierte die *FAZ* „eindeutige Botschaften“, die von anderen Medien übernommen wurden. Die Überschriften lauteten: „EEG-Monster“, „Klimadiktatur“, „Die Energiewende wird wieder teurer“.<sup>9</sup> Es ging letztlich, so Becker, um eine „Stimmungswende“. Klimaschutzgegner wurden im politischen Alltagsgeschäft mit Anti-EEG-Argumenten versehen. So führten Industriefreunde der CDU-Bundestagsfraktion Versatzstücke davon in einem Brief gegen die Klimaschutzpläne des Bundeskanzleramts an. Eine Intervention, die sie schließlich verwässern sollte.

Claudia Kemfert vom DIW zeigt in ihrem Buch „Kampf um Strom“, wie die „Lobby der großen Energieversorger und ihre politischen Vertreter (...) uns mit irreführenden Behauptungen und Fehlinformationen überschütten“. Sie sprächen

---

forschung 45, 1998, S. 20 – 43 [<https://tinyurl.com/ydfkxc3p>]

8 H.-J. Fell, Die blockierte Energierevolution, Kontext TV, 02.09.2021 [<https://www.kontext-tv.de/de/sendungen/hans-josef-fell-die-blockierte-energierevolution>]

9 P. Becker, Mit vollem Rohr dagegen: Die *FAZ* und die Energiewende [<https://tinyurl.com/y539y3fx>]

von einem „Kosten-Tsunami“ durch die Energiewende, eine Erfindung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Aber dessen Zahlen seien falsch, so Kempf. Das RWI blende bei der Kritik an der EEG-Umlage alle anderen Faktoren aus, die den Strompreis beeinflussen. So habe Deutschland im Jahr 2012 90 Milliarden Euro für Brennstoffe bezahlt: „Doch niemand kommt auf die Idee, 90 Milliarden an Brennstoffkosten auf 30 Jahre hochzurechnen. Dem 64 Milliarden Euro teuren Solarstrom stünden dann 2700 Milliarden Euro Brennstoffkosten gegenüber.“<sup>10</sup>

Insbesondere der *Spiegel* machte gegen EEG und Energiewende immer wieder mobil. Unter seinem Chefredakteur Stefan Aust wurde die Antihaltung buchstäblich zur redaktionellen Linie. So wurde im Jahr 2003 ein Artikel von Harald Schumann und Gerd Rosenkranz zur Stromwirtschaft nicht gedruckt. Schumann hatte ein paar Jahre zuvor einen Weltbestseller zur Globalisierung gemeinsam mit Hans-Peter Martin publiziert. Im Artikel hieß es, dass der Kraftwerkspark erneuert werden müsse, die „ideale Gelegenheit für mehr Klimaschutz“.

Das „Duopol von RWE und E.ON blockierten mit aller Macht neue Konkurrenten aus der Wind- und Gaskraftbranche“, gedeckt von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD), dem ehemaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, dem Kohleland, das RWE beheimatet. Wenig überraschend hielt Clement eine „Veränderung des hergebrachten Energiemixes für eine ‚gefährliche Utopie‘“, so Schumann und Rosenkranz im nicht gedruckten *Spiegel*-Beitrag.<sup>11</sup>

Einige Monate später brachte das Magazin dann einen Aufmacher über Windkraft: „Der Windmühlenwahn. Vom Traum umweltfreundlicher Energie zur hoch subventionierten Landschaftszerstörung“. Aust hatte andere Autoren in die Spur geschickt, um einen Gegenartikel zu verfassen. In der Titelgeschichte „Die große Luftnummer“ heißt es: „Quer durch die Republik wächst der Widerstand gegen die Verspargelung der Landschaft durch immer mehr Windräder. Ökonomisch macht ein weiterer Ausbau wenig Sinn: Er würde Milliarden an Fördergeldern verschlingen, der Nutzen für die Umwelt wäre gering.“ Im Text werden ausschließlich Windkraftgegner zitiert, die unter anderem den Bau von Windrädern als die „schlimmsten Verheerungen seit dem Dreißigjährigen Krieg“ bezeichnen. Zugleich werden die Potentiale der Windenergie einseitig mit RWI-Einschätzungen heruntergespielt.<sup>12</sup>

Schumann bezeichnete den Artikel als „Desinformation und Propaganda“ und kündigte unter Protest. *Spiegel*-Mitarbeiter stellten die innere Pressefreiheit des Magazins in Frage. Gegenüber der *Netzeitung* sagte Aust, dass „unsinnige oder nicht der Realitätsprüfung standhaltende Geschichten“ eben nicht gedruckt wer-

---

<sup>10</sup> C. Kempf, Kampf um Strom, 2013, S. 83

<sup>11</sup> Machtkampf um den Energiemix, *Netzeitung*, 05.04.2004. Darin ist der nicht gedruckte Artikel von G. Rosenkranz und H. Schumann zu finden [<https://tinyurl.com/y5kr5qls>]

<sup>12</sup> F. Dohmen, F. Hornig, Die große Luftnummer, *Spiegel* Nr.14/28.03.2004 [<https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2004-14.html>]

den könnten. Das sei, entgegnete Schumann, das „Niveau, mit dem beim *Spiegel* zur Zeit politische Kontroversen ausgetragen werden“. Die Chefredaktion habe den Abdruck damals mit der Erklärung abgelehnt, dass er „zu politisch“ und „Gut und Böse“ darin „zu eindeutig“ verteilt seien. „Das klang zwar wie ein Scherz, war aber gleichzeitig das Ende der Debatte“, sagte Schumann gegenüber der *Netzzeitung*. Das größte Nachrichtenmagazin Europas, weithin anerkannt wegen seiner investigativen Recherchen, hatte ein Exempel statuiert.<sup>13</sup>

Von Medien wie dem *Spiegel* erhielt die Bundesregierung jede Menge Schützenhilfe, während sie die Energiewende aushöhlte. Das brachte die Erneuerbaren in Deutschland mehr oder weniger zu Fall. Hans-Josef Fell stellt im Rückblick fest, dass Klimaschutz einen zwanzigmal höheren jährlichen Ökostromzubaub benötigt, um schnell zu dekarbonisieren. Dafür müsse das EEG aber von den Ketten befreit werden, mit denen die deutsche Politik seit einem Jahrzehnt die Energiewende verhindert: „Würde der Ausbau des Ökostroms nicht aktuell durch die vielen EEG-Novellen, insbesondere mit der Umstellung auf Ausschreibungen statt fester Einspeisevergütung, ausgebremst, so wären 100 Prozent Ökostrom bis 2030 machbar.“<sup>14</sup>

## Mediale Einsilbigkeit

Je weniger über ein Thema politisch gesprochen wird, umso weniger erscheint es in der Öffentlichkeit als ein Problem, das angegangen werden muss. Insgesamt war Klimaschutzpolitik im ersten Jahrzehnt, seit die Krise Anfang der 1990er Jahre die politische Bühne betreten hatte, in den deutschen Medien kein prominentes Thema. Von 1989 bis 1999 findet sich das Wort „Klimawandel“ z.B. nur 47-mal in der *Süddeutschen Zeitung*, „globale Erwärmung“ 162-mal – in gut 3.000 gedruckten Zeitungsausgaben. Das Wort „Klimaschutz“ taucht insgesamt genauso oft auf wie das Wort „Ozonloch“, nämlich rund 1000-mal, obwohl letzteres schon seit den frühen Neunzigern keine wirkliche Gefahr mehr gewesen ist. Das Pentagon wurde 2.000-mal erwähnt.<sup>15</sup>

Auch im Rundfunk herrscht ein vergleichsweise mattes Interesse am Thema. Das Institut für empirische Medienforschung in Köln (IFEM) wertet seit 2004 die Nachrichtensendungen des deutschen Fernsehens aus. Untersucht werden darin *Tagesschau* 20 Uhr, *Heute* 19 Uhr, *RTL Aktuell*, *SAT.1 Nachrichten*, *Tagesthemen* und das *Heute-Journal*. Auf das jeweilige Jahr bezogen landet Klimaschutz nur ein einziges Mal unter den oberen zehn beziehungsweise zwanzig Top-Nachrichten. Das war 2007, als das Thema in den Hauptnachrichtensendungen mit knapp 1.500 Minuten sogar auf Platz 1 rückte. Themen wie Ar-

<sup>13</sup> Eklat beim Spiegel. Redakteur Schumann wehrt sich gegen Aust, *Netzzeitung*, 05.04.2004 [<https://tinyurl.com/y68mhxgv>]

<sup>14</sup> H.-J. Fell, 20 Jahre EEG. Eine Erfolgsgeschichte mit großer Wirkung, 25.02.2020 [<https://tinyurl.com/y35xhz6j>]

<sup>15</sup> Die Daten beziehen sich auf eine Auswertung der Genios-Pressedatenbank. S.a. D. Goetzmann, *Kurs Klimakollaps*, a.a.O., S. 80 ff.

beitsmarktreformen und Afghanistan kamen auf jeweils rund 1.000. Ein Jahr zuvor nahm die Fußball-WM den Spitzenplatz ein, mit 1.500 Minuten.<sup>16</sup>

Die erhöhte Aufmerksamkeit 2007 sollte in den letzten 30 Jahren aber eine Ausnahme bleiben. Es gab einige offensichtliche Anlässe für mehr Berichterstattung. Der Film „An Inconvenient Truth“ (Eine unbequeme Wahrheit) von Al Gore war gerade in die Kinos gekommen und feierte großen Erfolg. Gore erhielt 2007 zusammen mit dem Weltklimarat den Friedensnobelpreis. Bei den EU- und G8-Gipfeln spielte Klimaschutz eine stärkere Rolle. Auf der Bali-Konferenz, dem 13. Klimagipfel, wurde ein Fahrplan nach dem Auslaufen des Kyoto-Abkommens verhandelt. Zugleich erschien eine Reihe von IPCC-Berichten, die die eskalierende Krise und die voranschreitende Zerstörung von Lebensräumen durch die globale Erwärmung dokumentierten. „So viel Klimanews war selten“, bringt Klimaexperte Jörg Haas es auf den Punkt.<sup>17</sup>

Doch das Thema verschwand bald wieder aus dem öffentlichen Fokus. Klimaschutz schaffte es bis 2018 nicht mehr unter die Top-10 bis Top-20 News der IFEM. Auch in der Presse gingen in Deutschland, aber auch weltweit die Artikelzahlen stark nach unten, wie die internationale Studienfolge des Media and Climate Change Observatory dokumentiert. In der *Süddeutschen Zeitung* z.B. lassen sich 2007 zu „Klimaschutz“ insgesamt 1.828 Treffer finden. Bis 2012 sackte dieser Wert dann auf 641 Treffer ab. Von 2008 bis 2018 liegt die durchschnittliche Trefferquote pro Jahr bei 926. Die Berichterstattung wurde also seit 2007 halbiert.<sup>18</sup>

In diesem Zeitraum hätte Klimaschutz eigentlich Topthema auf allen Kanälen sein müssen. Denn die Lage spitzte sich immer mehr zu. Extremwetter-Katastrophen häuften sich. Fast jedes Jahr wurden neue Rekorde eingestellt: Superhitzewellen, Höchstwerte bei der Durchschnittstemperatur, Überschwemmungen, Mega-Hurricanes, Mega-Taifune, Mega-El-Niños, Mega-Flächenbrände, nie dagewesene Dürreperioden, die (wie in Syrien) Bürgerkriege mit anfachten, Hungerkrisen auslösten und immer mehr Flüchtlinge nach Norden trieben. 2009 kam eine Untersuchung, geleitet vom ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan, zu dem Ergebnis, dass jährlich 300.000 Menschen an den Folgen des Klimawandels sterben und 300 Millionen Menschen unter der Erderwärmung leiden – Tendenz steigend.<sup>19</sup>

Währenddessen schrumpfte das CO<sub>2</sub>-Budget, das zur Vermeidung der Klimakatastrophe noch zur Verfügung steht, dramatisch zusammen. Denn die globalen

---

<sup>16</sup> Siehe IFEM – Institut für empirische Medienforschung GmbH [<https://www.ifem.de/infomonitor/jahr-2011>]

<sup>17</sup> J. Haas, Klimaschutz war Topthema 2007, Klima der Gerechtigkeit, 17.03.2008 [<https://tinyurl.com/y4zcmcb1>]

<sup>18</sup> Media and Climate Change Observatory, 2004 – 2020 German Newspaper Coverage of Climate Change or Global Warming [<https://tinyurl.com/y2oumx9d>]

<sup>19</sup> Mehr als 300 000 Menschen sterben jährlich an den Folgen des Klimawandels, Zeit Online, 29.05.2009 [<https://tinyurl.com/yxs28c4e>].

Emissionen stiegen immer weiter an, statt abzunehmen. Auch in Deutschland nahmen die Treibhausgase ab 2009 zum ersten Mal wieder zu und stagnierten über zehn Jahre auf gleichem Niveau. Das lag daran, dass die Energiewende, wie gesehen, politisch ausgebremst und auf Eis gelegt wurde, mit Unterstützung von „Operation Luxusstrom“ der Medien, die ständig vor Preisexplosionen warnten.

## **Kaum Thema in der Wahlkampfberichterstattung**

Wenn es ungemütlich wurde, herrschte Funkstille in den Medienhäuser. 2009 stellte der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltfragen (WBGU) fest, dass Deutschland wie alle Industriestaaten „kohlenstoffinsolvent“ ist, von 1990 gerechnet. Kaum eine Meldung wert. Der Klimagipfel der Völker in Bolivien 2010 mit 30.000 Teilnehmern forderte in Richtung auf die Industriestaaten Klimagerechtigkeit, schnelle Dekarbonisierung der reichen Länder und Rückzahlung der Klimaschulden: ebenfalls „Not Fit to Print“. Klimaforscher wie Kevin Anderson kritisierten die EU-Klimaziele von 2014 in einem offenen Brief an den damaligen EU-Kommissionspräsidenten Manuel Barroso als „in einem wissenschaftlichen Vakuum“ festgelegt. Sie müssten verdoppelt werden, um die 2-Grad-Celsius-Obergrenze überhaupt noch einhalten zu können. Ausgesiebt, keinerlei messbares mediales Echo. Man könnte so weiter machen.<sup>20</sup>

Die mediale Aufmerksamkeit, die die Klimakrise erhielt, war zu keinem Zeitpunkt in den letzten dreißig Jahren auch nur annähernd der Dimension des Problems angemessen. Denn, wie es Margaret Thatcher 1988 in ihrer bereits zitierten Rede im Einklang mit der Wissenschaft schon formulierte: Wir haben „unwissentlich ein massives Experiment mit dem System des Planeten selbst begonnen“. Unsere Fähigkeit, den Schaden zu begrenzen oder gar zu stoppen, sei „vielleicht der größte Test, inwieweit wir als Weltgemeinschaft zu handeln fähig sind“.

Über die ganze Zeit forcierten die Medien zudem die von Politik und Wirtschaft ausgegebene Legende, Deutschland sei „Klimavorreiter“. Es liege an den anderen Staaten, vor allem an den Schwellenländern China und Indien, beim Klimaschutz nachzuziehen. Die Journalist:innen wussten natürlich, dass Deutschland wie die Industriestaaten insgesamt eine Hauptverantwortung für die Klimakrise tragen und weiter deutlich mehr Treibhausgase pro Kopf produzieren als Chinesen oder Indien. Deutschland ist bis heute einer der größten Klimaverschmutzer und auch Klimaschutzblockierer.<sup>21</sup>

Zugleich sorgten Presse und Rundfunk durch Themensetzung und Rahmung da-

<sup>20</sup> WBGU, Kassensturz für den Weltklimavertrag – Der Budgetansatz, 01.09.2009 [<https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/kassensturz-fuer-den-weltklimavertrag-der-budgetansatz>]. People’s Agreement of Cochabamba. World People’s Conference on Climate Change and the Rights of Mother Earth, 22.04.2010 [<https://tinyurl.com/n86pohf>]. K. Anderson, Open Letter to the EU Commission President about the Unscientific Framing of Its 2030 Decarbonisation Target [<https://tinyurl.com/y2gwmrzf>].

<sup>21</sup> D. Goeßmann, Die gefährlichen Lügen von Paris, Kontext TV, 27.01.2015 [<https://www.kontext-tv.de/de/blog/die-gefaehrlichen-luegen-von-paris>]

für, dass Klimaschutz und die benötigte Kursänderung keine entscheidende Rolle spielen konnten. Hermann Scheer von der SPD, der sich bis zu seinem Tod im Jahr 2010 unermüdlich für die Energiewende einsetzte, erkannte früh, dass der Kampf für die Wende eng verbunden ist mit dem Kampf um die öffentliche Meinung.

Und dieser Kampf wurde immer wieder verloren. Die meisten, die Einfluss auf die veröffentlichte Meinung haben, gingen auf Tauschstation, trommelten auf den Wirtschaftsseiten von Zeitungen zur Klimaschutzblockade oder lenkten die Bürger:innen vom Notwendigen ab. Die Stromwende, die durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz kraftvoll eingeleitet wurde, wurde von der Presse kaputtgeredet und dann politisch abgewrackt. Der Crashkurs der eigenen Regierung und der mächtigen Industriestaaten wurde massenmedial durchgewinkt. Die Klimakrise landete meist auf den hinteren Seiten in der Wissenschaftsrubrik. Nach dem Pariser Klimagipfel von 2015, der von *Taz* bis Greenpeace als historische Wende bejubelt wurde, stiegen die Treibhausgase global ungehindert weiter an. Kein Wunder, der „Klimadurchbruch“ war eine medial inszenierte Politshow. Die Industriestaaten änderten ihre Reduktionsziele in Paris nicht, die Kompassnadel zeigte weiter Richtung Kollaps.<sup>22</sup>

Trotz der sich zuspitzenden planetaren Dramatik spielten Klimaschutz und Kurs Klimakollaps nach Paris bis zu den Klimaprotesten weiter keine Rolle in der politischen Öffentlichkeit. Der damalige SPD-Abgeordnete Marco Bülow untersuchte z.B. Beispiel 204 Sendungen der fünf relevantesten Polit-Talkshows der öffentlich-rechtlichen Sender (*Maischberger, Anne Will, Hart aber fair, Jauch und Maybrit Illner*) für den Zeitraum von Oktober 2015 bis März 2017. In 1,5 Jahren beschäftigte sich keine einzige Sendung mit der Klimakrise.<sup>23</sup>

Auch im Bundestagswahlkampf 2017 war Klimapolitik kein Thema. Von den 95 Minuten des TV-Duells zwischen Angela Merkel (CDU) und Martin Schulz (SPD) stellten die Journalist:innen die Hälfte der Zeit Fragen zur Flüchtlings- und Asylsituation. Das Thema Klimakrise ging erneut leer aus. In den Sommerinterviews von ARD und ZDF 2018 übergangen die Journalist:innen erneut die Klimakrise (wie auch viele andere wichtige Themen, z.B. Armut, kaum Aufmerksamkeit erhielten).

Selbst nach dem Klimaprotestjahr 2019, als Millionen gegen die Klimapolitik auf die Straßen gingen, nach Hitze- und Dürresommern auch in Deutschland, brachten es die Journalist:innen der Fernsehsender fertig, den Spitzenpolitiker:innen keine einzige Frage zur Klimapolitik zu stellen. Auch bei der 90-minütigen Sommer-Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel 2020 sahen die Hauptstadtkorrespondenten über die Klimakrise und den Kurs Klimakollaps

---

<sup>22</sup> D. Goeßmann, Die Klimagipfel-Truman-Show, Kontext TV, 14.12.2015 [https://www.kontext-tv.de/de/blog/die-klimagipfel-truman-show]. Siehe auch: David Goeßmann, Kurs Klimakollaps, a.a.O., S. 153 ff.

<sup>23</sup> M. Bülow, Talkshows. Einseitig und verzerrend. In: M. Bülow. Klartext Haltung, 22.03.2017 [https://tinyurl.com/y8utke99]



der Bundesregierung hinweg. Nur die Journalist:innen der unabhängigen Plattform *Jung & Naiv* brachten das Thema auf.<sup>24</sup>

Auf Kritik und selbst konstruktive Anregungen reagiert die Medienelite bis heute mit Wagenburgmentalität. So versucht eine Initiative, inspiriert von den Klimabewegungen, eine Sendung „Klima vor Acht“, entsprechend der „Börse vor Acht“, in die öffentlich-rechtlichen Sender zu bringen. Anfang Juni 2021 lehnte der damalige ZDF-Intendant Thomas Bellut ab: „Ich würde es nicht machen. Klima ist wichtig, aber danach kommt das nächste Thema. Themen ändern sich ständig. Ich finde es falsch, so etwas vorzugeben, denn damit macht man Politik. Ist das unsere Aufgabe? Nein.“<sup>25</sup> Die ARD erteilte dem von rund 20.000 Bürgern unterstützten Vorschlag, darunter Prominente wie Carolin Kebekus, Bastian Pastewka, Luisa Neubauer, Bjarne Mädel und ARD-Meteorologe Karsten Schwanke, schließlich eine Absage.

Dann kam die Bundestagswahl von 2021. Sie sollte, so die Hoffnung, eine Klimawahl werden. Doch das wurde sie nicht. Über 70 Prozent der Wahlberechtigten stimmten am Ende für ein Weiter-So, nicht für eine Klima-Kehrtwende. Ein zentraler Grund dafür ist: Klimapolitik blieb im „Klimawahlkampf“ 2021 trotz aller Bekundungen ein Nebenthema. Das Notwendige wurde verschwiegen, das Falsche als Lösung präsentiert, die PR für bare Münze verkauft und das Viel-zu-Wenig als Aufbruch hochstilisiert. Man musste nur das Radio anschalten, die Zeitung aufschlagen, die Abendnachrichten schauen: Überall die gleichen Beruhigungen und Halbwahrheiten, wobei meist am Thema vorbeigeschaut wurde. Und wenn in den Triellen der Kanzlerkandidaten über Klimaschutz gesprochen wurde, dann fast ausschließlich als ökonomische Belastung und in Form von Verzicht.<sup>26</sup>

In der 20-Uhr-*Tagesschau* nach dem historischen Klimastreik kurz vor der Wahl wurde aus dem Klimastreik ein belangloses Ereignis: „Zehntausende“ hätten demonstriert, hieß es, nach Angaben von Fridays for Future waren es jedoch über 600.000 in Deutschland, weltweit 800.000 Protestierende. In der *Tagesschau* wurde ein halbleerer Platz vor dem Reichstag präsentiert, offensichtlich vor dem Start der Demonstration gefilmt. In Wahrheit waren Plätze und Straßen in vielen deutschen Städten am Nachmittag geflutet von Menschen, 100.000 allein in Berlin, die kraftvoll 1,5-Grad, echten Klimaschutz und eine radikale Wende fordern. Zudem kein Wort über die prominente Unterstützung für die

---

<sup>24</sup> D. Goetzmann, Die Erfindung der bedrohten Republik. Wie Flüchtlinge und Demokratie entsorgt werden, 2019, S. 17 ff. M. Segger et al., Daten-Auswertung zum TV-Duell. 31 Prozent Abschiebung, 9 Prozent Diesel – 0 Prozent Bildung, Spiegel, 04.09.2017 [<https://tinyurl.com/y6bs5f7s>]

<sup>25</sup> Twittermeldung Klima Vor Acht, 02.06.2021, [<https://mobile.twitter.com/KlimaVorAcht/status/1400102431220977676>]

<sup>26</sup> D. Goetzmann, Nach der Wahl ist vor der Rebellion, 05.10.2021 [<https://www.kontext-tv.de/de/blog/nach-der-wahl-ist-vor-der-rebellion>]. S. Schurmann et al., Offener Brief an die Intendanten, Geschäftsführer und Chefredaktionen von ARD, ZDF, PRO7/SAT1, RTL und NTV, Netzwerk Klimajournalismus, 14.10.2021 [<https://klimajournalismus.de/offener-brief-ard-zdf-pro7-sat1-rtl-ntv/>]

Proteste, keine Folgeberichterstattung, dafür Problematisierung des Schulschwänzens.

Auf *Radio Eins* (RBB) verglich der Journalist Hajo Schumacher die Klima-Hungerstreikenden der Letzten Generation in Berlin mit RAF-Terroristen.<sup>27</sup> Im ZDF polemisierte zugleich die Umweltredaktion immer wieder gegen Windräder wie Elektroautos, während der Redaktionsleiter in Live-Schalten Investitionen in ausländische Kohlekraftwerke als Klimaschutz verkaufen durfte.

## Gründe für das Medienversagen

Der Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 und das darauffolgende Embargo sind schließlich die Realisierung eines Worst-Case-Szenarios fürs Klima. Sie haben einen Run auf die Fossilen ausgelöst. Angesichts drohender Benzin- und Gaspreiserhöhungen und galoppierende Inflationsängste reiste der grüne Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck ins autoritäre Emirat Katar, um einen Flüssiggas-Deal unter Dach und Fach zu bringen. Mit Steuergeldern soll der Bau von LNG-Terminals zur Speicherung von unter anderem klimaschädlichem Fracking-Flüssigerdgas aus den USA finanziert werden – wobei die Terminals erst in Jahren, vielleicht erst ab 2026, einsatzbereit sein werden, also gar nicht in einer möglichen akuten Krise der Energieversorgung helfen, sondern neue fossile Abhängigkeiten schaffen.<sup>28</sup>

FDP-Chef Christian Lindner bringt eine Ausweitung der Öl- und Gasförderung derweil ins Gespräch. Seine Partei möchte auch das Fracking-Verbot aufheben. Die Bundesregierung denkt darüber nach, Kohlekraftwerke wieder hochzufahren, um die befürchtete Gas-Lücke zu überbrücken. Wenn man die geplanten Maßnahmen und Investitionen der Bundesregierung bilanziert, bedeuten sie große Mengen an zusätzlichen Treibhausgasemissionen und Lock-Ins in neue fossile Infrastrukturen.

Die Medien haben diesen Lockdown ins fossile Zeitalter mit Angstnachrichten forciert, ohne darauf zu verweisen, dass es Alternativen zum fossilen Löcherstopfen gegeben hat und weiter gibt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung oder der Zero Emission Think Tank haben Studien vorgelegt, wie man russische Importe in kurzer Zeit ohne neue fossile Quellen durch Effizienzsteigerungen, Erneuerbare, Wärmepumpen, Dämm-Offensiven und mehr öffentlichen Transport bis zum Herbst ersetzen könnte. Diese Optionen wurden, wenn man sie überhaupt erwähnte, als Fußnote schnell entsorgt.<sup>29</sup>

---

<sup>27</sup> D. Goeßmann, Die große Erpressung: Wie Journalisten Klimaaktivist\*innen diffamieren, Kontext TV, 17.09.2021 [<https://www.kontext-tv.de/de/blog/die-grosse-erpressung-wie-journalisten-klimaaktivistinnen-diffamieren>]

<sup>28</sup> D. Goeßmann, Warum der Höhenflug der Grünen im Desaster enden könnte, Telepolis, 23.06.2022 [<https://www.heise.de/tp/features/Warum-der-Hoehenflug-der-Gruenen-im-Desaster-enden-koennte-7149253.html?seite=all>]

<sup>29</sup> D. Goeßmann, Ingo Stuckmann, Erneuerbar statt Fossil: „Schnelle Unabhängigkeit von russischem Gas möglich“, Telepolis, 30.06.2022 [<https://www.heise.de/tp/features/Erneuerbar-statt-Fossil-Schnelle-Unabhaengigkeit-von-russischem-Gas-moeglich-7157337.html>]

Das Versagen der Medien beim Klimaschutz ist aber kein bloßes Versehen oder eine Abweichung von der Norm. Es verweist vielmehr auf ein grundsätzliches Problem. Denn moderne Massenmedien sind durch die Art, wie sie aufgebaut sind, nicht primär an Wahrheit, Gerechtigkeit oder Umweltschutz orientiert – auch wenn sie dies vorgeben. Sie sind vor allem an den Interessen und Bedürfnissen von denen, die über viel Einfluss verfügen, ausgerichtet. Niemand, der an Demokratie interessiert ist, würde sie derart einrichten.

Erstens: Die institutionelle Struktur der Massenmedien ist keineswegs neutral, sondern eingebettet in die Machtstruktur der Gesellschaft. Wer besitzt, finanziert, informiert, kontrolliert und korrigiert die Medien? Eine kleine, sehr mächtige Gruppe mit Privilegien, Interessen und Meinungsmacht. Deswegen tendieren die meinungsbildenden Medienhäuser dazu, Stimmen der Mächtigen zu sein und den offiziellen Kurs, der politisch ausgehandelt wird, durch spezifische Filterung des Informations-Inputs und Rahmungen zu stützen.<sup>30</sup>

Die einseitige Filterung im Sinne derjenigen, die den Medienbetrieb dominieren, ist empirisch von vielen Untersuchungen (Input-Output-Analysen) in unterschiedlichen Ländern über Jahrzehnte auch immer wieder belegt worden. Es ist schwierig, echte Gegenbeispiele zu finden (wenn die Eliten einer Meinung sind und das Thema Relevanz hat). Nur wenn der Druck von der Straße und aus der Gesellschaft sehr groß wird, können auch die Medien und ihre Berichterstattung „gekippt“ werden.<sup>31</sup>

Zweitens: Journalist:innen können zwar prinzipiell schreiben, was sie wollen, aber sie sind dabei vielen Zwängen und Einschränkungen ausgesetzt, die sie davon abhalten, die Freiheit, mit wenigen Ausnahmen und letztlich meist in engen ideologischen Grenzen, zu nutzen. Journalist:innen sind keine freischwebenden „Helden der Wahrheit“, sondern i.d.R. Angestellte und Lohnabhängige. Sie handeln daher innerhalb von Hierarchien meist konformistisch. Sie passen sich an bzw. nur die, die sich vorher schon angepasst haben, werden überhaupt zugelassen. Daher ist die Debatte über die eskalierende Klimakrise (und viele andere Debatten auch) derart eng geführt – bis heute. Doch das muss nicht so bleiben. So konnten die Proteste von 2019 den Diskurs drehen und die Medien in die Defensive bringen. Es gibt also Spielräume für Veränderungen, sie müssen allerdings von unten erkämpft und genutzt werden.

---

<sup>30</sup> D. Goetzmann, Süddeutsche, Spiegel und Co., Vortrag Attac München, Eine Welt Haus, 30.05.2016 [<https://www.youtube.com/watch?v=MsJINeJZkP4>]

<sup>31</sup> B. Bagdikian, E. Herman, N. Chomsky, Media Lens, Fairness and Accuracy in Reporting (FAIR).